

**Von:** Reinhard Gschöpf [mailto:reinhard.gschoeff@gruene.at]

**Gesendet:** Dienstag, 05. September 2017 11:34

**Cc:** reinhard.gschoeff

**Betreff:** Re: Bilanz der Flugverkehrspolitik als Wahlentscheidungshilfe für Fluglärm-betroffene

Sehr geehrter Herr , sehr geehrte Fluglärm-Engagierte!

Vielen Dank für die Möglichkeiten, über unsere Aktivitäten der letzten vier Jahre auf Bundesebene zusammenfassend zu informieren.

Mit einem großen Danke für das ungebrochene langjährige Engagement!

Herzlichst

Georg Willi, Verkehrssprecher der Grünen im NR

\*\*\*\*\*

1) Welche Schritte haben die Grünen seit 2013 unternommen, um zu einer grundlegenden Optimierung der Flugrouten im Sinne der Betroffenheitsminimierung laut Luftfahrtgesetz § 120a beizutragen?

Die Grünen haben zuletzt bei der jüngsten LFG-Novelle die Rückschritte beim Rechtsrahmen für lärmabhängige Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen kritisiert, unter anderem entfiel die umweltrelevante Zielbestimmung und auch die Pflicht zur Begutachtung entsprechender BMVIT-Verordnungen, wir haben daher auch Ende Juni 2017 gegen diese Novelle des Luftfahrtgesetzes gestimmt. Es braucht hier Fortschritte, nicht Rückschritte!

Wir Grüne haben weiters unter anderem am 29.6.2017 wieder einen Antrag "betreffend gesetzeskonforme Optimierung der Flugrouten im Großraum Wien" im Nationalrat eingebracht und zur Abstimmung gebracht. Wir haben darin auf die klaren gesetzlichen Grundlagen und auf die "Arbeitsverweigerung" der ACG in diesem Bereich hingewiesen und Bundesregierung und insbesondere den BM für Verkehr, Innovation und Technologie aufgefordert, gegenüber der AustroControl die Optimierung der Flugrouten im Sinne des Betroffenheitsminimierungsgebots gemäß §120a Luftfahrtgesetz durchzusetzen, damit die Betroffenen im Großraum Wien endlich von vermeidbaren, gesundheitsschädlichen Belastungen wie Fluglärm befreit werden.

Dieser Antrag wurde jedoch leider außer von uns Grünen nur von den Neos unterstützt und daher abgelehnt.

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/UEA/UEA\\_00928/imfname\\_645355.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/UEA/UEA_00928/imfname_645355.pdf)

Ebenso wurde auch der Grüne Antrag "betreffend Einhaltung des Flugbeschränkungsgebiets Wien, damit Landeanflüge über das Stadtgebiet wieder Ausnahme statt die Regel werden"

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/UEA/UEA\\_00927/](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/UEA/UEA_00927/)

im Parlament von einer Mehrheit aus SPÖ, ÖVP, FPÖ und TS abgelehnt.

2) Welche Schritte haben die Grünen seit 2013 unternommen, um ganz konkret zur

Abschaffung der Windstille-Abflugroute Liesing beizutragen, die ohne Notwendigkeit rund 100.000 Menschen in ihrer Gesundheit schädigt?

Die Abflugroute Liesing ist für uns ein besonders griffiges Beispiel für die Art und Weise, wie die Vorgaben von § 120a LFG von den verantwortlichen Behörden (ACG und BMVIT) konsequent missachtet werden. Sie ist für uns deshalb immer ein zentrales Anliegen und Argument, wenn wir im Zivilluftfahrtbeirat, gegenüber den Medien, mit dem Minister und seinem Stab oder auch im Parlament die Einhaltung dieser klaren gesetzlichen Vorgabe einfordern.

Dass wir uns auch auf Wiener Ebene konsequent für ein Ende dieser Abflugroute aussprechen und einsetzen, konnte wir über unseren Verkehrssprecher im NR Abg. Georg Willi und den Wiener Umwelt- und Verkehrssprecher Rüdiger Maresch auch bei Veranstaltungen in Liesing wiederholt unterstreichen.

Wir haben weiters beispielsweise vor dem Hintergrund der Liesinger Betroffenheit 2014 eine detaillierte parlamentarische Anfrage "betreffend die Rolle von BMVIT und Austro Control (ACG) bei der für die Fluglärmbelastung entscheidenden Festlegung von Flugrouten" an die damalige Verkehrsministerin Doris Bures gerichtet, um den widersprüchlichen Aussagen, wer denn nun dafür im einzelnen verantwortlich sei, auf den Zahn zu fühlen. In der Anfragebegründung haben wir die zahlreichen falschen und widersprüchlichen Angaben von BMVIT und ACG zu diesem Thema im einzelnen dokumentiert.

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/J/J\\_01826/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/J/J_01826/index.shtml)

Die Antwort

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB\\_01723/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_01723/index.shtml)

strotzt vor Falschaussagen und ist ein besonders eindrücklicher Beleg dafür, dass Realitätsverweigerung einerseits und wenig verschämte einseitige Unterstützung der Luftfahrt-Lobby in diesem Politikfeld sehr offenkundig an die Stelle des Interessenausgleichs getreten sind, der die eigentliche Aufgabe verantwortungsbewusster Politik wäre.

Wir lassen uns davon weiterhin nicht entmutigen und werden auch in der nächsten Gesetzgebungsperiode bei den dann Zuständigen die dringend nötige Umkehr zurück in den gesetzlichen Rahmen einmahnen, der unter anderem die Schließung der gesundheitsbelastenden und gesetzwidrigen Abflugroute über Liesing verlangt.

3) Welche Rolle hat ihre Partei bei der Halbierung der Flugverkehrs-Ticketsteuer gespielt hat und warum?

Die Grünen haben ihre Ablehnung dieses Vorhabens durch die gesamte Periode vielfach medienöffentlich und auf parlamentarischer Ebene unterstrichen. Und wir haben natürlich auch im Nationalrat gegen diesen Unfug gestimmt, weil eine abermalige Entlastung des ohnehin bereits vielfach und in Milliardenhöhe subventionierten Flugverkehrs steuerlich, klima-, umwelt- und verkehrspolitisch völlig verkehrt ist.

Leider haben im Finanzausschuss am 16.3.2017 alle (!) anderen Fraktionen des Nationalrats für die Halbierung gestimmt. Im Plenum am 29.3.2017 hat dann neben den Grünen auch die FPÖ dagegen gestimmt - aber nicht, weil sie gegen die Halbierung war! Sondern weil ihr, siehe

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2017/PK0357/](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2017/PK0357/)

die Halbierung zu wenig weit ging und sie - auch mit einem eigens eingebrachten Antrag - die

komplette Abschaffung dieser Abgabe verlangte!

Einige Äußerungen der Grünen zum Thema Flugabgabe seit 2013:

<https://www.gruene.at/ots/willi-flugticketabgabe-muss-bestehen-bleiben>

<https://www.gruene.at/ots/willi-ein-klares-nein-zu-noch-weniger-steuerbeitrag-des-flugverkehrs>

<https://www.gruene.at/themen/verkehr-infrastruktur/flugticketabgabe-senken-nicht-mit-uns>

<https://www.gruene.at/ots/willi-senkung-der-flugabgabe-waere-voellig-verkehrt>

<https://www.gruene.at/ots/willi-maresch-billigfliegen-soll-noch-billiger-werden>

<https://www.gruene.at/ots/willi-halbierung-der-flugabgabe-waere-grobe-fehleistung-der-regierung>

<https://www.gruene.at/ots/willi-regierung-setzt-glaubwuerdigkeit-im-klimaschutz-aufs-spiel>

<https://www.gruene.at/ots/brunner-regierungsprogramm-wird-klimavertrag-von-paris-nicht-im-mindesten-gerecht>

<https://www.gruene.at/ots/gruene-halbierung-der-flugabgabe-ist-blanker-populismus>

<https://www.gruene.at/ots/brunner-willi-nach-rupprechter-auch-leichtfried-gegen-klimaschutz>

4) Welche weiteren Schritte hat ihre Partei unternommen, um entsprechende Zusagen ihrer Partei vor der Wahl zur Umsetzung zu verhelfen (z.B. beim Thema 3. Piste u. ä.)

Was die Flug(ticket)abgabe betrifft, haben die Grünen sich wie erwähnt durch die gesamte Periode seit 2013 massiv gegen die Senkung der Abgabe engagiert. Wie sich letztlich bei der Beschlussfassung im Parlament gezeigt hat, sind die Grünen hier leider als einzige auf der Seite der Vernunft und der SteuerzahlerInnen und nicht auf der Seite der Luftfahrtlobby.

Auch über diese Einzelmaßnahme hinaus haben wir das Thema "Ökologisierung des Steuersystems" durch die gesamte Gesetzgebungsperiode weiter auf unsere Fahnen geheftet.

<https://www.gruene.at/themen/finanzen/steuerreform-braucht-oekostempel>

<https://www.gruene.at/themen/finanzen/oekologisch-umsteuern-das-gruene-modell>

Leider haben sich SPÖ und ÖVP bei der Steuerreform 2013 frühzeitig entschieden, dass das Thema Ökosteuern weitestgehend ausgeklammert bleiben soll, Widerstand von Umweltminister Rupprechter war leider nicht wirklich wahrnehmbar, obwohl in seinem Ressortbereich diverse Fehlentwicklungen bei den Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Emissionen deshalb unverändert andauern.

Was die Anflugverfahren und Flugrouten betrifft, so haben wir die unerledigten

Hausaufgaben wiederholt im Zivilluftfahrtbeirat, in Terminen mit den Bundesministern und ihren MitarbeiterInnen sowie auch im Parlament thematisiert. Zuletzt haben wir am 29.6.2017 wieder einen Antrag "betreffend gesetzeskonforme Optimierung der Flugrouten im Großraum Wien" im Nationalrat eingebracht und zur Abstimmung gebracht, der jedoch leider außer von uns Grünen nur von den Neos unterstützt und daher abgelehnt wurde.

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/UEA/UEA\\_00928/imfname\\_645355.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/UEA/UEA_00928/imfname_645355.pdf)

Die Grünen treten seit jeher mit Nachdruck gegen die geplante 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat ein und unterstützen über den aus Abgeordnetengehältern gespeisten BIV (Grün-Alternativer Verein zur Unterstützung von BürgerInneninitiativen) seit 2007 im Genehmigungsverfahren zur 3. Piste beteiligte Initiativen und Anrainer. Wir haben nach der erfreulichen Ablehnung der 3. Piste durch das Bundesverwaltungsgericht diesen Entscheid öffentlich verteidigt und die unsägliche Kampagne, die dagegen und auch persönlich gegen die Richter lanciert wurde, öffentlich mehrfach zurückgewiesen. Die vom BIV unterstützten Beteiligten konnten sowohl bei VfGH als auch VWGH Gegenäußerungen zu den Revisionen von Flughafen AG und Land NÖ einbringen. Dass dennoch mit einem aus unserer Sicht zumindest weit überschießenden, in einigen Punkten aber schlicht nicht nachvollziehbaren Erkenntnis des VfGH die Entscheidung des BVG vom Tisch gewischt wurde ist bekannt und wurde von uns Grünen, bei allem Respekt vor einem Höchstgericht, sehr deutlich kritisiert. Diese Fehlentscheidung hat uns Grüne nur umso mehr zur Fortsetzung des Widerstands gegen die 3. Piste in den nächsten Jahren motiviert, denn sie hat ja an der verkehrs-, klima- und umweltpolitischen Unsinnigkeit der 3. Piste nicht das Geringste geändert!

<https://www.gruene.at/ots/willi-entscheidung-gegen-dritte-piste-in-schwechat-ist-richtungsweisend>

<https://www.gruene.at/ots/brunner-zu-leichtfried-oekologische-verkehrspolitik-vertraegt-sich-nicht-mit-flughafen-ausbau>

<https://www.gruene.at/ots/steinhauser-zu-3-piste-schluss-mit-den-attacken-auf-den-rechtsstaat>

<https://www.gruene.at/ots/steinhauser-kein-grund-entscheidungsbefugnisse-der-verwaltungsgerichte-zu-beschneiden>

<https://www.gruene.at/ots/gruene-landesraetinnen-bedauern-vfgh-entscheidung-zur-3-piste>

<https://www.gruene.at/themen/umwelt/das-vfgh-urteil-zur-3-piste-ein-schuss-uebers-ziel-hinaus>

<https://www.gruene.at/ots/willi-kurz-scher-wahlkampf-laerm-am-flughafen-ist-ueberfluessig>

Schließlich haben wir die aus unserer Sicht unzureichende und verfassungswidrige Regelung von Lärmvorschriften im Genehmigungsrecht für UVP-pflichtige Flughafenprojekte thematisiert und haben dazu ein Rechtsgutachten beauftragt, mit dem seit 2015 im Verfahren zur 3. Piste gegen zu erwartende gesundheitsgefährdende Eingriffe in das verfassungsrechtlich gewährleistete Recht auf Lärmschutz Stellung bezogen wird, damit diese Diskriminierung von Flughafen-NachbarInnen höchstgerichtlich geprüft wird.

[http://www.buergerinitiativen.at/files/biv/initiativen/umwelt/verkehr/270%203.Piste/Lachmay  
er\\_Laermvorschriften.pdf](http://www.buergerinitiativen.at/files/biv/initiativen/umwelt/verkehr/270%203.Piste/Lachmay%20er_Laermvorschriften.pdf)

5) Ist ihre Partei für die geplante Aushöhlung des Umweltschutzes durch die Aufnahme der Wirtschaftsinteressen als Staatsziel in die Verfassung oder nicht?

Wir Grüne haben uns ohne Wenn und Aber gegen diese aus unserer Sicht unsinnige und unverantwortliche Forderung gestellt und sie auch klar als "Lex Dritte Piste" enttarnt. Wir haben auch die zunächst so euphorischen KollegInnen von der SPÖ umgehend darauf aufmerksam gemacht, dass mit der eingebrachten Formulierung das Wirtschaftswachstumsziel auch den sozialen und Arbeitsplatz-/Beschäftigungszielen übergeordnet würde, nicht "nur" den Gesundheits- und Umweltzielen. Die nötige Zweidrittelmehrheit für diese Staatszielbestimmung wäre von der FPÖ bereitgestellt worden. Wir konnten jedoch zunächst die Nichtbehandlung im Verfassungsausschuss des Nationalrats und dann die Abkehr der Mehrheit von diesem Huschpfusch-Gesetzes-Projekt erreichen. Sehr wichtig war dies auch, weil damit das Verfahren zur 3. Piste nach dem VfGH-Erkenntnis auf Basis der bisherigen Rechtslage weitergeht und nicht auf einer neuen, für Umwelt- und Klimaschutz noch nachteiligeren.

[https://www.gruene.at/ots/brunner-kritisiert-staatszielbestimmung-der-regierung-zur-  
standortsicherung-als-reine-lex-dritte-piste](https://www.gruene.at/ots/brunner-kritisiert-staatszielbestimmung-der-regierung-zur-standortsicherung-als-reine-lex-dritte-piste)

<https://www.gruene.at/ots/glawischnig-minister-duerfen-umweltschutz-nicht-aushebeln>

[https://www.gruene.at/ots/steinhauser-brunner-keine-umweltfeindliche-staatszielbestimmung-  
wirtschaftsstandort](https://www.gruene.at/ots/steinhauser-brunner-keine-umweltfeindliche-staatszielbestimmung-wirtschaftsstandort)

[https://www.gruene.at/ots/brunner-erleichterung-dass-staatsziel-wirtschaftswachstum-fuers-  
erste-vom-tisch-ist](https://www.gruene.at/ots/brunner-erleichterung-dass-staatsziel-wirtschaftswachstum-fuers-erste-vom-tisch-ist)

\*\*\*\*\*